

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
161 · Ausgabe SO · März 2016



«Wir leisten uns eine Werkstatt für politische Bildung»

Die Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn gründete vor knapp drei Jahren mit grosser Unterstützung von alt Nationalrat Andi Gross, des Gewerkschaftsbundes und Privatpersonen ein Polit- und Demokratie-Atelier, die «Bildungswerkstatt Willi Ritschard» (WRB). Nach zehn Veranstaltungen ist es an der Zeit darüber zu berichten, Bilanz zu ziehen und einige Teilnehmende mit ihren persönlichen Beurteilungen und Einschätzungen zu Wort kommen zu lassen.

Immer mehr Menschen, auch in unserem Kanton, fühlen sich von den Entwicklungen in dieser Welt im Kleinen wie im Grossen überfordert. Sie blicken nicht mehr durch und wenden sich ab. So können sie aber keine politisch wachen Bürgerinnen und Bürger mehr sein, die sich um ihr gesellschaftliches Umfeld kümmern und versuchen, dieses freier,

gerechter und demokratischer zu machen. Eines der Ziele der WRB ist, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die politische Bildung nachhaltig zu fördern. Unseres Erachtens ist parteiinterne Bildung etwas vom Wichtigsten für eine sozialdemokratische Partei. Denn wir müssen uns immer wieder fragen: Wo stehen wir, wie interpretieren wir die Gesellschaft heute, wohin soll es gehen, mit welchen Schritten? Sonst sind wir nicht handlungsfähig.

Neue handlungsleitende Erkenntnisse werden in der WRB mit Hilfe von Texten und intensiver Diskussion gemeinsam erarbeitet. Ein weiteres Ziel ist es – und gemäss der dreijährigen WRB-Bilanz entspricht dies einem grossen Bedürfnis – falsche zeitliche Einordnungen zu korrigieren, Ereignisse, Entwicklungen und Personen in einen historischen Kontext zu stellen, beurteilen zu ler-



Niklaus Wepfer
Parteisekretär und zuständig
für die Administration der
WRB

nen und sich dazu eigene Einsichten zu verschaffen.

Um es in den Worten des Historikers Georg Hasenfratz zu fassen: «Die WRB ist nicht eine schöngeistige und theorielastige Wolkenschieberei, im Gegenteil, sie gibt ganz praktische Entscheidungshilfen für den politischen Alltag.»

In diesem Sinn freut sich die WRB auf neue, aufmerksame, neugierige und bildungshungrige Menschen; Interessierte dürfen sich gerne im Mailverteiler eintragen lassen (niklaus.wepfer@sp-so.ch) und sich auf der Homepage (www.wrb-so.ch) über vergangene und bevorstehende Anlässe informieren. Die nächste Werkstatt findet am 1./9. April in Grenchen statt. Teilnehmende können vor Ort das neue Buch «Die unvollendete direkte Demokratie» von Andi Gross mit 20 Prozent Rabatt erwerben.

WIE ERLEBE ICH DIE VERANSTALTUNGEN DER WRB?



Andi Gross anlässlich des ersten Werkstattanlasses in Grenchen

NIKLAUS WEPFER, BALSTHAL

Eine Werkstatt braucht einen Chef, einen Patron oder wie man ihn auch nennen mag! Mit Andi Gross ist diese Stelle optimal besetzt: Er hat die aussergewöhnliche Gabe, komplizierte Zusammenhänge verständlich darzustellen, bis man es kapiert, ohne die Geduld zu verlieren. Und, ganz wichtig – er hat Humor!

ERICH AMBÜHL, SOLOTHURN

Bereichernd, auf hohem Niveau anregend, in echter Auseinandersetzung herausfordernd zur Überprüfung, Vertiefung und Revision meiner politischen Ansichten und Überzeugungen. Im Licht der Positionen der Mitdenkenden klären sich eigene Ziele und der Weg, sie zu erreichen. Ich erkenne Sackgassen, neue Horizonte eröffnen sich, neue mögliche Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation als Sprachrohr für die Verwirklichung sozialer Freiheit sind plötzlich da. Allerdings erinnere ich mich an mein Berufsleben. Die begrenzte Zeit frass die Arbeitskraft auf. Wie die Mandatsträger und Funktionärinnen der SP lebte ich ständig in ersten Prioritäten. Ich muss den Mitgliedern der Kerngruppe nicht sagen, welche Chancen die Institutionalisierung der WRB für die SP des Kantons Solothurn beinhaltet. Sie bietet die Möglichkeit, eigene Projekte auf gemeinsam erarbeiteter Basis zu bündeln, die Schlagkraft aller zu erhöhen, sich gegenseitig besser zu unterstützen, ja sogar Teile eigener Projekte zu delegieren oder gemeinsam zu bearbeiten, was wiederum die Motivation stimu-

«So sind wir alle als Aushängeschilder unserer Partei bestens gerüstet für Erklärungen betreffend unsere Einstellung und unsere Ziele.»

liert. Angesichts der durch die WRB eröffneten Chancen haben für mich deren – relativ weniger – Veranstaltungen absolut erste Priorität. Wir müssten nach Wegen suchen, ihre Ergebnisse nicht nur unseren Parteimitgliedern, sondern auch einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wollte die Wandlung!

JÖRG VON ARX, OLTEN

Mitdenken, warum ist das so, fragen, tolerant und solidarisch für- und miteinander, demokratische Prozesse begreifen, Freiheitspostulate formulieren, Zusammenhänge verstehen, diskutieren, zuhören, andere Ansichten kennen und verstehen lernen, soziale – wirtschaftliche – politische – psychologische Zusammenhänge in Einklang bringen, unsere Sozialdemokratie formulieren, philosophische Texte verarbeiten.

DANIELA GERSPACHER, OENSINGEN

Als Arbeiterkind, das keine gymnasiale Bildung erhalten hat, fehlen mir oft die historischen Hintergründe um Fragen, die junge Leute an mich stellen, zu beantworten. Hier hilft die WRB mit vertieften Diskussionen und Texten zum Beispiel über Demokratie oder den Sozialismus. Dort können wir abseits des Tagesgeschäfts Utopien nachhaken, Fragen an Andi Gross stellen und mit seinem Wissen Zusammenhänge klären. So sind wir alle als Aushängeschilder unserer Partei bestens gerüstet für Erklärungen betreffend unsere Einstellung und unsere Ziele. Ich hoffe, dass unsere Kantonalpartei noch lange von der

Wichtigkeit dieser Werkstatt überzeugt sein wird und das nötige Geld zur Verfügung stellt. An der Bildung sollte nie gespart werden.

MARKUS SCHNEIDER, SOLOTHURN

Erst seit einem knappen Jahr regelmässig dabei, möchte ich die Willi Ritschard-Bildungswerkstatt nicht mehr missen. Qualitativ hervorragendes Rohmaterial aus inspirierenden Texten, anregende und kontroverse Diskussionen unter allen Werkstättlern und mit Andi Gross ein souveräner Werkstattchef. Die WRB ist eine unverzichtbare Einrichtung für eine Partei, die sich nicht in tagespolitischem Praktizismus verlieren und nur den kurzfristigen Output vor Augen haben will, sondern ihr eigenes Tun auch immer wieder kritisch reflektieren will.

GEORG HASENFRATZ, OLTEN

Andere haben «Denkfabriken», wir leisten uns eine Werkstatt für politische Bildung. Ich nehme mir immer wieder gerne ein paar Stunden Zeit für eine interessante und anregende Gesprächsrunde zu Fragen wie: Wie soll sich die Demokratie weiterentwickeln? Was heisst heute links? Was sind konkrete Utopien? Woran krankt Europa? Diese Veranstaltungen führen stets zu neuen Erkenntnissen (auch für die Tagespolitik), zu einer Justierung oder auch Neuausrichtung des politischen Kompasses. Nicht nur altgediente Politikinteressierte, sondern auch die so genannten Entscheidungsträger/innen könnten von dieser Werkstatt profitieren.

Wider den Neid

DIE ARBEITSINTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IST EINE DER GROSSEN POLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN DER NÄCHSTEN JAHRE. DIE RECHNUNG IST EINFACH: WER ARBEITET, FÄLLT DER SOZIALHILFE NICHT ZUR LAST. IM GEGENTEIL, ER TRÄGT ÜBER DIE SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGE GAR ZU EINER GESUNDUNG DER AHV BEI.

Nur, will die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wirklich Arbeitsintegration von Flüchtlingen? Es ist noch nicht lange her, da galt anderes. Flüchtlinge sollten von der Arbeit ferngehalten werden, solange sie keinen geordneten Status hatten. Man wollte nicht zu attraktiv erscheinen, um nicht noch mehr davon zu bekommen. Bleibt zuhause, sollte die Botschaft sein. Kürzung der Asylsozialhilfe und Begrenzung der Nothilfe waren Themen, die die politische Diskussion in den eidgenössischen Räten und Kantonen bewegten. Kantone und Gemeinden sind im Jahr 2012 nur knapp daran vorbeigeschrammt, dass ihnen der Bund Vorschriften dazu gemacht hätte. Auch die Diskussion um die Personenfreizügigkeit war lange davon dominiert, dass Zugewanderte in erster Linie von Sozialleistungen profitierten und Inländerinnen und Inländern den Job wegnähmen. Nichts davon stimmt. Trotzdem wurde gar die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. In der Vordiskussion hatte ein prognostisch sonst über alle Zweifel erhabener SP-Regierungskollege aus einem etwas grösseren Kanton die Lage falsch eingeschätzt. Ich auch.

Also: *Obacht!* Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit tiefen Einkommen haben der Initiative zum Erfolg verholfen. Sie sind heute auch diejenigen, die Flüchtlingen skeptisch gegenüberstehen. Sie wollen es besser haben. Wer für Flüchtlinge etwas tut, der darf die unteren Einkommensklassen nicht vergessen. Wer 6000 Franken im Monat verdient, gibt je nach Kanton zwei Drittel bis drei Viertel davon für Miete, Krankenkasse und Steuern aus. Die Löhne sind in den beiden letzten Jahrzehnten zwar gestiegen, dort unten aber nicht so stark, um die Steigerungen der Kosten für die



Peter Gomm, Regierungsrat
peter.gomm@ddi.so.ch

«Nur eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist nachhaltig.»

Grundversorgung auffangen, geschweige denn etwas zusätzlichen Boden gewinnen zu können. Viele Menschen in unserem Kanton sind besonders auch vom Strukturwandel betroffen oder haben gar ihre Jobs verloren. Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen. Neid ist Gift für die Gesellschaft; die Herstellung von Gerechtigkeit eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie.

Was ist zu tun? Erstens: Nicht nur auf Schlaglichter und Einzelthemen fokussieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Optik einnehmen. Zweitens: Mehr Lohn für tiefe Einkommen erwirken; sozialpartnerschaftlich ausgehandelt natürlich. Drittens: Eine Raumplanung und Bodenpolitik betreiben, die die Mieten nicht in unbezahlbare Höhen schnellen lässt. Das wäre gleichzeitig auch das wichtigste Mittel, um Sozialtourismus zu vermeiden. Viertens: Damit aufhören, die einkommensabhängigen Prämienverbilligungen zu senken. Sonst erreichen wir auch den unteren Mittelstand nicht mehr. Fünftens: Das Steuersubstrat für die direkten Steuern in der Schweiz nicht schrumpfen lassen, um weitere Sparpakete zu vermeiden. Diese treffen diejenigen, die an der Urne dann ihren Missmut ausdrücken. Sechstens: Die längst überfällige Mehrwertsteuererhöhung zu Gunsten der Kantone und Gemeinden durchführen. Siebtens: Aufklärung. Aufklärung darüber zum Beispiel, wie viel Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger tatsächlich bekommen. Diese Diskussion hatten wir die letzten zwei Jahre. Sie war notwendig und gut. In der Flüchtlingspolitik müssen wir genauso sagen, wie viel ein Asylsuchender tatsächlich von der öffentlichen Hand bekommt, wenn er in die Schweiz kommt. Wenig nämlich: Ein Dach über dem Kopf und pro Tag

ein paar Franken, um die Grundbedürfnisse, wie Essen und Hygiene, abzudecken. Ungekürzte Sozialhilfe gibt's erst mit Erreichen des Flüchtlingsstatus. Dann zeigen, welche integrativen Massnahmen man treffen will. Die Umsetzung soll dann direkt zusammen mit der Wirtschaft erfolgen. Nur eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist nachhaltig.

Haben wir Zeit? Nicht viel. Weniger, als uns lieb ist. Es ist auch nicht einfach. Die Unternehmenssteuerreform III steht vor der Tür. Sie ist im Grunde genommen notwendig, aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit. An einer gemeinverträglichen Umsetzung fehlt es aber noch. Wichtig wäre eine vorgegebene Bandbreite der Steuersätze, damit ein ruinöser Steuerwettbewerb vermieden wird. Nötig wäre es auch, «sechstens» vorzuziehen, um eine Bruchlandung zu vermeiden. Das wäre die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten von Kantonen und Gemeinden. Die Kassen der Kantone sind nämlich leer. Die freie Spitalwahl und die Pflegefinanzierung waren nicht gegenfinanziert und haben Löcher aufgerissen. Bitte bei der Unternehmenssteuerreform III nicht wieder den gleichen Fehler begehen.

Der römische Dichter Juvenal meldete einst sarkastisch, «panem et circenses», «Brot und Spiele», würden genügen, damit die Mächtigen die Stimmen von den einfachen Leuten erhalten. Sie werden von den Führern der grössten Partei im Land bestens unterhalten. Brot bekommen sie keins, meinen aber, sie könnten das wenige, das sie haben, so am besten behalten: einzig mit nationalem Zusammenhalt. Welch fataler Irrtum! Er ist nur umzukehren, wenn gerechter verteilt wird. Keine umwerfende Neuigkeit; aber wahr, wie es die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt.

KREDIT HAUSHOCH ANGENOMMEN!

Hochwasserereignisse gehören zu den häufigsten und teuersten Naturkatastrophen in der Schweiz. Im Kanton Solothurn haben in der Vergangenheit die beiden Flüsse Aare und Emme, zum Teil trotz bestehender früherer Verbauungen, immer wieder massive Schäden

verursacht. Die letzten grossen Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte an der Emme zwischen Gerlafingen und Biberist und an der Aare zwischen Olten und Aarau konnten die Defizite in Bezug auf den Hochwasserschutz deutlich verringern und ermöglichten

eine naturgerechtere Gestaltung des Flusslaufs.

Die SP freut sich über die klare Annahme des notwendigen Kredite zur Vollendung des Hochwasserschutzes und der Revitalisierung entlang der Emme. MA

KANTONS RAT

Vollgas für den Langsamverkehr! Notbremse im Schulwesen?

Es wird langsam Zeit für einen schnelleren Langsamverkehr!

Drei Millionen Schweizerinnen und Schweizer sind mit dem Velo unterwegs! Ich persönlich «reite» von April bis Oktober mit dem «Drahtesel» täglich zur Arbeit ins Thal. Dabei lauern für uns Fahrerinnen und Fahrer mit einem langsamen Mobil Gefahren, die uns sehr schnell aus dem Verkehr ziehen können. Die SP will diese Hindernisse aus dem Weg räumen. Kantonsrat Markus Ammann (SP Olten) bringt seinen Auftrag, den Langsamverkehr konzeptionell nicht im Regen stehen zu lassen, im Parlament ins Trockene. Durch den auch hinsichtlich Infrastruktur kostengünstigen Langsamverkehr kann das übrige Verkehrsnetz zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehr wirkungsvoll entlastet werden.

Pragmatisch statt dogmatisch

Nicht «grad 21» mal, aber doch immer wieder kommt der Lehrplan 21 (LP21) vom Regal der Lehrperson, wo er heute neben dem noch geltenden



Franziska Roth
Kantonsrätin aus Solothurn
rosso17@bluewin.ch

Lehrplan aus dem Jahre 1992 steht, auf den Tisch des Parlaments. Meistens ging es den Verfassern der Vorstösse darum, die Einführung des Lehrplans 21 zu verhindern. Für einmal wollten die «Verhinderer» nun die vom Regierungsrat beschlossene Einführung im Jahre 2018 auf 2021 verschieben. Das kauften wir ihnen nicht ab. Es ist in Ordnung, wenn Lehrpersonen sich aus persönlicher Überzeugung nicht für den LP21 erwärmen können, und es ist ihr Recht, sich mit politischen Mitteln bemerkbar zu machen. Wenn aber die Delegierten des Berufsverbandes LSO klar Stellung beziehen und sich an ihrer Versammlung vom 15. November 2015 mit 94 zu 18 gegen eine Verschiebung der Einführung aussprechen, ist das ein starkes Zeichen der organisierten Lehrerschaft für den Lehrplan 21.

Der Vizepräsident des Verbandes Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO), Mathias Stricker (SP Bettlach), bringt Licht in die dunklen Ecken des Kantonsratssaals! Der Lehrplan 21 ist Lehrmittel-kompatibel, die Vorbereitungen sind am Laufen, die

Unterrichtsentwicklung ist in vollem Gange. Die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule ist seit längerem auf den LP21 ausgerichtet. Die Weiterbildungskosten sind geklärt und im Globalbudget vorgesehen. Eine Verschiebung würde keinen zusätzlichen Nutzen bringen.

Die Einwendungen der Gegner des Lehrplans 21 wirken dogmatisch. Mit verschwörerischen Theorien und kompromisslosem Beharren zum Beispiel auf dem Reizwort Lernziel ignorieren sie die Bildungswissenschaft, gewillt mit ihren Vorstössen die Schule in ihrem Fortschritt zu behindern. Die grosse Mehrheit der Lehrpersonen und die Mehrheit des Kantonsrates sieht die ganze Entwicklung im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan pragmatischer als die Auftraggeber, sie stören sich oft mehr an den ständigen politischen Diskussionen, welche Unruhe in die Schulen tragen, als an den Veränderungen im Schulwesen. Der Antrag auf Verschiebung wurde mit unserer einstimmigen Unterstützung abgelehnt!

Für alle, statt für wenige – jetzt erst recht!

Die Schweiz steckt in einer Krise. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Die bürgerlichen Parteien fühlen sich im Aufwind und driften immer mehr nach rechts ab. Die Folgen daraus sind, dass sich die Umverteilung nochmals beschleunigt, während Solidarität und Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben. Nachdem wir im Kanton Solothurn die Liberalisierungs-Turbos der Ladenöffnungszeiten in die Schranken wiesen, wird auf Bundesebene an einem Gesetz gebastelt, welches den Solothurner Volkswillen aufheben und die Erweiterung der Öffnungszeiten auf dem Buckel des Verkaufspersonals ermöglichen würde.

Beinahe gleichzeitig schickt der Bundesrat die Revision des Gleichstellungsgesetzes in die Vernehm-

lassung: Erschreckend, dass auch bei dieser Revision die Lohndiskriminierung kaum wirkungsvoll bekämpft wird. Zwar sollen die Unternehmen ihre Lohnsysteme auf Diskriminierung analysieren, sie haben jedoch keine Sanktionen zu befürchten, wenn sie dies nicht tun oder wenn sie Lohndiskriminierungen entdecken und nicht beheben.

Im April 2015 fand ein runder Tisch zum Thema «Massnahmen gegen die Folgen der Frankenstärke» statt, zu dem alle Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften eingeladen wurden. Im Anschluss daran verkündete die Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler, dass sich der Kanton für die Solothurner Wirtschaft stark mache und in diesem Zusammenhang eine Industriepolitik entwickle, um für gute Rahmenbedingungen und

MEIN STANDPUNKT

Markus Baumann,
Kantonsrat aus Derendingen
markus.baumann@unia.ch

genügend Fachkräfte für die Solothurner Industrie und deren Zulieferer zu sorgen. Leider blieb es beim Lippenbekenntnis. Dafür wurde die Rettung der Lehrwerkstätte der Stahl Gerlafingen durch dasselbe Departement verhindert. Ein Projekt, das von den Sozialpartnern ausgearbeitet und vom Staatssekretariat für Wirtschaft unterstützt worden wäre, scheiterte an unserem Amt für Wirtschaft und Arbeit und der Volkswirtschaftsdirektion.

Dieser Entwicklung gilt es mit aller Vehemenz entgegenzuhalten. Empörung alleine genügt nicht! Die Linken sind auf allen Ebenen gefordert, gemeinsam mit den Betroffenen Rezepte und Antworten zu entwickeln und diese durchzusetzen. Es ist an uns, Wohlstand für alle, Solidarität und Gerechtigkeit einzufordern. Packen wir's an!

